

monitor



Protest gegen den Schweigemarsch in Annaberg-Buchholz 2016 (Foto: Johannes Grunert)

Mit gutem Gewissen gegen Frauen*rechte

Neue medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung

In einer neuen, im Herbst erscheinenden Studie untersucht Eike Sanders zusammen mit den Co-Autor*innen Ulli Jentsch und Kirsten Achtelik eine Strategie der »Lebensschützer« das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen einzuschränken: Durch die Anrufung des Weigerungsrechtes von Ärzt*innen und die Religionsfreiheit tragen sie ihren eigenen christlich-fundamentalistisch geprägten »Kulturkampf« in den medizinischen Bereich. Dieser Artikel fasst Auszüge der Studie zusammen.

Während Europa und die USA einen Aufschwung der (extremen) Rechten mit all seinen Folgen wie aggressivem Antifeminismus und antimuslimischem Rassismus zu verzeichnen haben, ist auch die deutsche »Lebensschutz«-Bewegung aus der Defensive getreten und sieht sich in einem internationalen »Kulturkampf«. Sie verfolgt mit viel Energie neue, international erprobte und bewährte Strategien der Agitation und der juristischen und politischen Einflussnahme, die sie auch von US-amerikanischen Organisationen übernimmt.

Der 13. »Marsch für das Leben«

Die gesellschaftliche Verhandlung von Religion, Sexualität und Fortpflanzung hat sich stark verändert – Schwangerschaftsabbrüche werden als sexuelle und reproduktive Rechte gerahmt, bio-

medizinische Fragen nicht mehr religiös sondern ethisch verhandelt. Deshalb zielen neue Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung auf das ärztliche Gewissen, das - in Deutschland gesetzlich festgehalten im Schwangerschaftskonfliktgesetz Absatz 3 §12 - die Freiheit hat, ein Mitwirken an Schwangerschaftsabbrüchen zu verweigern. So sind Ärzt*innen auch auf dem am 16. September in Berlin nun zum 13. Mal stattfindenden »Marsch für das Leben« zentrale Akteur*innen und Zielgruppe der Propaganda. Schon im Mai 2017 kündigte der BUNDESVERBAND LEBENSRECHT (BVL) mit seinem Vorstandswechsel – MARTIN LOHMANN trat nicht mehr an, es wurde die Vorsitzende der AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA) ALEXANDRA MARIA LINDER gewählt – an: »Wir wollen diese zentrale Demonstration für das Leben noch viel bekannter machen«. Der Marsch für das Leben in Berlin, dessen zentrales Moment der Kampf gegen

Inhalt

- 1 Mit gutem Gewissen gegen Frauen*rechte
Neue medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung
- 4 Rechte Frauen im antifeministischen Dickicht
- 6 Rezension
Der Antifeminismus der AfD
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

☎ 0 30 . 6 11 62 49

✉ mail@apabiz.de

🌐 www.apabiz.de

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c. schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen



Abtreibung bleibt, werde »neben den Entwicklungen der vorgeburtlichen Selektion« einen weiteren Schwerpunkt »auf [die] Gewissensfreiheit« legen. »Wie jüngste Fälle zeigen, besteht die grundgesetzlich verankerte Gewissensfreiheit von beispielsweise Ärzten und Hebammen, sich nicht an vorgeburtlichen Kindstötungen zu beteiligen, oft nur auf dem Papier«, heißt es in der Pressemitteilung des BVL.¹

Streit um Kliniken

Mit diesen »jüngsten Fällen« dürften vor allem zwei Konflikte um den gesicherten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gemeint sein, die am Ende des Jahres 2016 und zu Beginn des Jahres 2017 Schlagzeilen machten: Im niedersächsischen Landkreis Schaumburg-Lippe sollten drei kleine Kliniken zu einer großen unter Trägerschaft des christlichen Konzerns Agaplesion zusammengelegt werden. Das Personal hätte dann keine Abtreibungen mit Beratungsregelung mehr durchführen können, ungewollt Schwangere hätten künftig in Nachbarlandkreise fahren müssen. Die kommunale Politik reagierte auf die öffentliche und mediale Skandalisierung und schloss einen Kompromiss mit dem neuen Betreiber: Abtreibungen können künftig in einem ambulanten Operationszentrum von niedergelassenen Ärzt*innen durchgeführt werden. Das Zentrum ist an das neue Krankenhaus, dessen Neubau mit 95 Millionen Euro vom Land gefördert wurde, örtlich und notfallmedizinisch angeschlossen, Agaplesion aber nicht am Betrieb beteiligt.² Auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg sah es zu Beginn des Jahres 2017 zunächst so aus, als würde das Angebot einer sicheren Abtreibung in der Region wegbrechen: Der neue Chef der Gynäkologie der Capio-Elbe-Jeetzel-Klinik, THOMAS BÖRNER, wollte nicht nur selbst keine Abbrüche mehr vornehmen, sondern es der gesamten Abteilung untersagen. Der Klinikleiter stellte sich hinter Börner. Öffentlicher und politischer Druck sorgten dafür, dass sich die Capio-Klinik-Gruppe einschaltete. Börner verließ daraufhin »auf eigenen

Wunsch« die Klinik, der Klinikleiter sowie der Verwaltungsdirektor wurden vom Konzern entlassen. Die Entlassung des Klinikleiters hatte allerdings jüngst vor dem Arbeitsgericht Lüneburg keinen Bestand.³

Ärzt*innen als »Gatekeeper«

Diese Streitfälle zeigen eine im Status Quo der Abtreibungsgesetzgebung angelegte Problematik: In beiden Kliniken sollten mit Berufung auf die religiöse und moralische Gewissensfreiheit der Ärzt*innen, denen das Recht auf Weigerung zusteht, keine Abbrüche mehr durchgeführt und damit die Möglichkeit auf einen wohnortnahen Abbruch massiv eingeschränkt werden. Auch die Anzahl niedergelassener Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, nimmt gerade in ländlichen Regionen ab. Weiterhin Abtreibungen praktizierende Ärzt*innen erleben vor Ort, aber auch durch Klagedrohungen und Kampagnen von »Lebensschützern« Druck und Schikanen.⁴

Bei einer Analyse der Argumentationslinien von AbtreibungsgegnerInnen müssen die aktuellen Entwicklungen tatsächlich als Kampfansage verstanden werden und lassen auf das wachsende Betätigungsfeld der »Lebensschutz«-Bewegung schließen: Ärzt*innen als »Gatekeeper«⁵ und damit potenzielle Verbündete und Verhindernde von Schwangerschaftsabbrüchen. Dabei sind sie Akteur*innen und Zielgruppe gleichermaßen.

Ziel der »Lebensschutz«-Bewegung ist es, Abtreibungen durch den Mangel an durchführenden Ärzt*innen zu verunmöglichen. Gleichzeitig erhöht medizinisches Personal, das sich aus Gewissensgründen der Teilnahme an Abbrüchen verweigert, den moralischen Druck in der Gesellschaft und direkt auf die betroffenen Frauen*, denen so durch medizinische Autoritäten vermittelt wird, etwas Unrechtes zu tun. Dies verstehen die »Lebensschützer« als Kulturkampf. Sie versuchen die Diskurshegemonie über »den Beginn des Lebens«, die Legitimität von Schwangerschaftsabbrüchen, selektive Untersuchungen sowie Sterbehilfe zu erlangen. Mit

strategischen Verweisen auf Menschenrechte, Religions- und Gewissensfreiheit wollen die reaktionären Kräfte de facto das medizinische Angebot reduzieren und kämpfen für die repressive Einschränkung sexueller und reproduktiver Rechte.

Menschenrechte als Instrument der Repression

Das restriktive Potenzial von Lücken und Widersprüchen in den nationalen und internationalen Gesetzgebungen haben die »Lebensschützer« – gerade durch die eigene Internationalisierung – erkannt und wenden es strategisch an, indem sie sich auf Freiheiten berufen, die eigentlich dem Schutz von Frauen* und religiösen und sexuellen Minderheiten dienen sollen. Der Schwangerschaftsabbruch ist der häufigste gynäkologische Eingriff.⁶ Dennoch beklagen die AbtreibungsgegnerInnen angeblich mangelnde Karrierechancen, Entlassungen oder Nicht-Einstellungen von Gynäkolog*innen, die Schwangerschaftsabbrüche weder lernen, durchführen noch lehren wollen. Für sie werden diese Ärzt*innen (oder anderes medizinisches Personal) in ihrer Religionsfreiheit behindert und damit diskriminiert. Solch ein Fall wurde zwischen 2014 und 2017 in Schweden verhandelt. Dort sind Hebammen sowohl für die Schwangerenbetreuung bei Kinderwunsch als auch bei Abtreibungswunsch für die Unterstützung beim Abbruch zuständig. Ambulante Abtreibungen sind immer Teil der Ausbildung zur Hebamme. ELLINOR GRIMMARK, eine junge Frau aus Jönköping, ließ sich als Hebamme ausbilden und bewarb sich bei mehreren städtischen Kliniken, denen sie teilweise erst nach den Zusagen offenbarte, dass sie keine Abtreibungen durchführen wird, worauf sie nicht in die nähere Auswahl kam bzw. ihr eine Jobzusage wieder entzogen wurde. Grimmark beruft sich auf die Religions- und Gewissensfreiheit und klagte sich durch mehrere Instanzen, verlor aber zuletzt vor dem Arbeitsgericht. Das Gericht entschied, dass eine Geburtshelferin in einem Land, in dem Abtreibungen legal sind und

1

»Marsch für das Leben noch viel bekannter machen«. Wechsel im Vorstand des Bundesverbands Lebensrecht (2017, 01.Mai). www.bv-lebensrecht.de

2

Schaumburg kann abtreiben. Einigung. Externe Ärzte dürfen in christlicher Klinik in Schaumburg Schwangerschaften abbrechen, taz Nord vom 9.12.2017, S. 27 und Eiken Bruhn: Abtreibung in Deutschland. Die ungewollte Patientin, taz vom 6.3.2017

3

Streit um Abtreibungen: Verwaltungsdirektor entlassen. (2017, 20. Februar). Auf ndr.de und »Capio scheidet gegen Fröhling«, Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 20.Mai 2017, S.3

4

Vgl. Sybill Schulz: Information oder Werbung? Juristische Verfahren zum Schwangerschaftsabbruch, in: Familienzentrum – Balance (Hrsg.): Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Neu-Ulm 2012, S. 86-91 und Bruhn: Die ungewollte Patientin, taz vom 6.3.2017

5

Unter »Gatekeepern/Gatekeeper*innen« werden hier Personen verstanden, die aufgrund von Fähigkeiten oder Positionen die Möglichkeit haben, den Aufstieg, die Mobilität, die Partizipation und den Zugang von Menschen zu Dienstleistungen und ihnen zustehenden Rechten zu beeinflussen.



diese zu den Aufgaben einer Geburtshelferin gehören, diese nicht aus religiösen Gründen ablehnen könne, zumal sie sich bereits vor Beginn der Ausbildung für einen anderen Beruf entscheiden hätte können. Ebenso wenig könne eine Geburtshelferin ablehnen zu Verhütungsmittel zu raten, was Grimmark ebenfalls verweigern wollte.⁷ Grimmark, die von Anfang an von der US-amerikanischen Organisation ALLIANCE DEFENDING FREEDOM INTERNATIONAL (ADF) und den SCANDINAVIAN HUMAN RIGHTS LAWYERS unterstützt wurde und deren Prozesskosten sich inzwischen auf 150.000 € belaufen, hat im Juni 2017 beim EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR) Klage gegen Schweden eingereicht. Mehrere internationale und auch deutsche »Lebensschutz«-Organisationen begleiten den Fall mit großem Interesse. Neben der EVANGELISCHEN ALLIANZ berichtete auch der katholisch-fundamentalistische Verein DVCK e.V. (DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR EINE CHRISTLICHE KULTUR) auf seiner Kampagnenseite SOS Leben. Dort heißt es empört: »Ist das keine Diskriminierung? Ist das keine Verfolgung? [...] An diesem Fall sieht man gut, wohin die Kultur des Todes führt und wie sie die Weltanschauung verändert: Die Hebammen wären inzwischen froh, wenn sie arbeiten können, ohne an Abtreibungen mitwirken zu müssen. So wehr hat man sich damit abgefunden, dass in Krankenhäusern ungeborene Kinder getötet werden« [Fehler im Original].⁸ Das rechts-klerikale Portal CitizenGo startete 2014 eine Petition, um Grimmark zu unterstützen, die allerdings nur 53.309 von 100.000 anvisierten Unterschriften erreichte.⁹ »Ellinor Grimmark's case could determine whether people who value life at all stages of development will be able to pursue a medical career in the future. Sweden has failed to protect this midwife's fundamental right to freedom of conscience guaranteed by international law«, sagte ROBERT CLARKE, Director of European Advocacy von ADF INTERNATIONAL.¹⁰ Diese Einschätzung der christlich-fundamentalistischen ADF spiegelt die Strategie der internationalen

»Lebensschutz«-Bewegung wider, nationale Rechtsprechungen zu ihren Ungunsten vor internationale Gerichtshöfe zu bringen und die nationalen GesetzgeberInnen unter Druck zu setzen. Sie wollen Präzedenzfälle schaffen, um damit einerseits juristische Grenzen dort zu ziehen, wo ihrer Meinung nach eine Liberalisierung droht – sei es in Deutschland, im EU-Parlament, am EGMR oder dem US-Supreme Court – und andererseits den Druck auf ihre Gegner*innen, darunter abtreibungswillige Frauen* und frauen*politische Organisationen wie pro familia, zu erhöhen.

§ 218 abschaffen!

»Wir müssen diesen Kulturkampf führen, nicht den politischen Kampf, weil Politik stromabwärts von Kultur liegt. Wenn wir nur politische Maßnahmen bekämpfen wollen, haben wir bereits verloren: es ist schon zu spät!«, so der Vorsitzende des ÄRZTE FÜR DAS LEBEN E.V., PAUL CULLEN bei einer »Lebensschutz«-Tagung Ende 2016.¹¹ Da es auch aus einem gesellschaftskritischen, emanzipatorischen Verständnis nicht alleine um die Verteidigung erkämpfter Freiheiten und Rechte gehen kann, müssen wir uns als Feminist*innen und behindertenpolitisch Engagierte auf die Strategien der »Lebensschützer« einstellen und am Diskurs mitwirken.¹² Der pränatale Bluttest auf Trisomie 21 und die mit ihm verbundenen Selektionseffekte von als behindert diagnostizierten Föten ist dabei ebenso kritisch zu betrachten wie neoliberal geführte Debatten um Genome Editing, Eizellspende« und »Leihmutter«. Je größer hier die Leerstellen einer emanzipativen Gesellschaftskritik sind, desto leichter können christlich-fundamentalistische Agitationen greifen. Die bioethischen Fragen sind komplex, doch eine befruchtete Eizelle ist kein



Marsch für das Leben, Berlin 2016 (Foto: Kilian Behrens / apabiz)

geborener Mensch und das Recht einer Frau*, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, ist nicht als Güterabwägung gegen einen Fötus zu diskutieren.¹³

Christliche ÄrztInnen-, MedizinerInnen oder Studierenden-Vereinigungen werden in diesem Feld ihre Aktivitäten weiter verstärken und sie werden die »Möglichkeit« der Gewissensverweigerung auch in Deutschland bewerben und auszuweiten versuchen. Insofern ist die Berufung auf das individuelle Recht der Weigerung solange eine Gefahr, wie zum einen das Recht auf Abtreibung nicht festgeschrieben ist und zum anderen gleichzeitig Staat und Gesellschaft (und damit auch die Ärzt*innenschaft) sich nicht in der Verantwortung sehen, den stigmatisierungs- und diskriminierungsfreien Zugang zu Abbrüchen zu gewährleisten und das Recht auf reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung durchzusetzen. Deswegen sind aus feministischer und behindertenpolitischer Perspektive die Paragraphen 218 und 219, das Schwangerschaftskonfliktgesetz und ihre Umsetzung in die Praxis in der heutigen Form ein unhaltbarer Zustand.

Eike Sanders

6

Alwina Mai (2017, 27. März): Abtreibung in Deutschland: Ja, es gibt noch viel zu verbessern! editionf.com

7

Kärlin, H. (2017, 13. April). Schweden - Arbeitswelt. schweden-nachrichten.blogspot.de

8

Aktion SOS Leben des DVCK e.V. (2017, 13. April). Schweden: Hebamme wird gefeuert, weil sie nicht an Abtreibungen mitwirken will. aktion-sos-leben.blogspot.de

9

ead (2015, 31. Januar). Schweden: Hebamme weigert sich bei Abtreibungen zu assistieren. ead.de

10

ADF International (2017, 14. Juni). Swedish midwife turns to Human Rights Court. adfinternational.org

11

'Quo vadis, Lebensschutz?' »Eine Veränderung in den gesellschaftlichen Verhältnissen ist jetzt möglich!« Gastbeitrag von Prof. Paul Cullen. (2016, 24. November). kath.net

12

Ausdrücklich zu empfehlen ist hier die Seite »Für das Leben«, die den Positionen der »Lebensschützer« eigene emanzipative Standpunkte zu den genannten Themen entgegensetzt.

13

Weiterführend sind die Artikel und das Buch von Kirsten Achtelik zu empfehlen, vgl. www.kirsten-achtelik.net



Kundgebung von PRO DEUTSCHLAND im Januar 2013 (Foto: apabiz)

Rechte Frauen im antifeministischen Dickicht

Diskurse rund um Migration sind häufig geprägt von offenkundigen Versuchen der Ethnisierung sexualisierter Gewalt und von Sexismus. Die Silvesternacht von Köln 2015/16 steht exemplarisch für jene Instrumentalisierungsversuche für eine rassistische Propaganda durch die extreme Rechte. Dieser Artikel geht auf eine vermehrte Inanspruchnahme von »Frauenrechten« durch die extreme Rechte, Frauen als zentrale Protagonistinnen und ihre Einbettung in europäische Netzwerke ein.

Die große Bandbreite an extrem rechten AkteurInnen wie AfD, IDENTITÄRE BEWEGUNG, PEGIDA und Co. scheint ihr Herz für »Frauenrechte« entdeckt zu haben und spricht sich für den »Schutz von Frauen« aus. Diese AkteurInnen mögen sich in einigen ihrer Positionen unterscheiden, beim Thema »Frauenrechte« besteht Einigkeit. Bereits die Kopftuch-Debatte zeigte Instrumentalisierungen feministischer Positionen für eine anschlussfähige rechte Hetze. Auch nach der Silvesternacht intervenierte die extreme Rechte in Diskurse über sexualisierte Gewalt. In diesem ohnehin angewachsenen rassistischen Klima verschob sich der Diskurs um die Silvesternacht insgesamt nach rechts. Gleichzeitig kam es in den letzten Jahren auch zur vermehrten Mobilisierung rassistischer Gewaltpotenziale.

Auch die IDENTITÄREN ließen nicht lange auf sich warten, um auf die Silvestergeschehnisse mit Transparenktionen, etwa am Hauptbahnhof von Köln (»Nie wieder Schande von Köln #Remigration«) oder an der Grünen-Geschäftsstelle in Berlin (»Ihr habt unsere Frauen längst vergessen«) zu reagieren. Solche Aktionen können als Versuch gewertet werden, den offensichtlichen Antifeminismus der extremen Rechten zu kaschieren und seitens extrem rechter Frauen sogar einen »identitären Feminismus« zu etablieren.

Emanzipatorisch und extrem rechts?

Ein Beispiel dafür ist die im Anschluss an die Silvesternacht gegründete Facebookgruppe FRIEDA (FRAUEN GEGEN DIE ISLAMISIERUNG UND ENT-

RECHUNG DES ABENDLANDES). Mit Slogans wie: »Rapefugees – not Welcome« oder: »Politischer Widerstand gegen die Islamisierung und Überfremdung ist (...) vor allem auch Frauensache!«, bemühte sich die Gruppe unter vermeintlich emanzipatorischem Deckmantel gezielt darum, »Frauenrechte« zu funktionalisieren. Da sich etwaige Kritik nur gegen bestimmte sexistische Strukturen wendet, also jene, die rassistisch begründet werden können, entlarvt es sie als ein Projekt rassistischer AktivistInnen. Auch wenn die Gruppe über wenige Mitglieder verfügte und lediglich für gut ein Jahr (2016) aktiv war, prägte sie doch den Diskurs über »Frauenrechte« innerhalb der extremen Rechten. Die Kurzlebigkeit unterstreicht die völkisch-nationalistische Stoßrichtung, wenn mit »Frauenrechten« argumentiert wird:



»Frauenrechte« sind solange interessant, solange sie einer rassistischen Agenda nutzen.

Auch die Facebookseite der Frauen der IDENTITÄREN BEWEGUNG - die "Identitären Mädels und Frauen" - macht mit Sprüchen wie: »Identität ist auch Mädelsache«, der bereits in den 1990er Jahren von den neonazistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) in ähnlicher Form genutzt wurde, auf sich aufmerksam. Solche und ähnliche Slogans (z.B. »Heimatliebe ist nicht nur Männersache!«) sollen mit dem vermeintlichen Mythos der reinen Männerorganisation und der Frauenfeindlichkeit innerhalb der extremen Rechten aufräumen. Die extrem rechten Akteurinnen laufen selbstbewusst in der ersten Reihe und treten für ein angeblich gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis ein. Gleichwohl fungieren die Frauen der Bewegung meist nur als objektivierte Projektionsfläche für die extrem rechte Botschaft. Von dieser offensichtlichen Sexualisierung und Objektivierung der Frauen mal abgesehen, bedienen diese sich vergeschlechtlichter Klischees und machen so im Namen der »Frauenrechte« gegen »Asylwahn«, »Multikultur« und »Islamisierung« Stimmung. Die Errungenschaften der zweiten Frauenbewegung sind nicht spurlos an den extrem rechten Aktivistinnen vorbei gegangen und sie werden gezielt für ihre rechte Propaganda vereinnahmt. Von Haarflecht-Tutorials bis hin zu kostenlosen Selbstverteidigungskursen für Frauen wird ein vielfältiges Angebot gestreut. Sie wollen so vor allem junge Frauen ansprechen, um eine möglichst große europaweite Anhängerinnenschaft zu mobilisieren.

Extrem rechte Frauen organisieren sich in Europa

Auch extrem rechte Frauen sind zunehmend europäisch vernetzt. Dabei teilen sie die Vorstellung eines Europas als Zusammenschluss von in sich homogenen Nationalstaaten und der heteronormativen Kleinfamilie als ihrer Kerneinheit. Ein Beispiel für das Agieren entsprechender Zusammenschlüsse auf transnationaler Ebene

ist die 2012 gegründete Initiative FRAUEN GEGEN ISLAMISIERUNG der belgischen Partei VLAAMS BELANG. Unter der Führung von ANKE VAN DERMEERSCH kommen Vertreterinnen der extremen Rechten wie FRAUKE PETRY (AFD), STEFANIE WOHLFARTH (PRO KÖLN), ANNE KLING (FN) oder auch SUSANNE WINTER (FPÖ) zusammen. Sie wollen die Deutungshoheit über Konzepte wie Feminismus, Liberalismus und Emanzipation gewinnen. Emanzipation wird dann bewusst als »westliche Norm« gesetzt, um sie als unvereinbar mit den Werten des Islams zu erklären. Bedroht ist letztlich nicht nur die »emanzipierte Frau«, sondern der gesamte Umfang der »europäischen Identität« (Stichwort: »Großer Austausch«). Frauen sind dabei der Schlüssel, um den »Kampf der Kulturen« in Europa für sich zu gewinnen. Die extrem rechten Akteurinnen können dadurch ein Identifikationspotenzial für WählerInnen in Europa bereitstellen.

Die sozialen Medien als Mittel transnationaler Vernetzung

Es sind transnational agierende Facebookgruppen, die mit Aussagen wie »European women are not helpless victims« ihr Selbstbewusstsein unterstreichen. Sie inszenieren sich als stolze »emanzipierte Europäerinnen“, die Seite an Seite mit ihren Männern die Zukunft der »europäischen Identität« verteidigen. Die große Bandbreite an Facebookgruppen bietet dabei eine Vielzahl an Weiblichkeitsentwürfen und gleichzeitig ein geeignetes Versteck für eine anschlussfähige rassistische Message. Die sozialen Netzwerke sind mittlerweile für die transnationale Agitation der extremen Rechten ebenso wichtig oder vielleicht sogar noch wichtiger, als die parlamentarischen Arenen einer MARINE LE PEN (FN) oder einer ALICE WEIDEL (AFD). Auch die aktionistischen Inszenierungen der Identitären im Internet sind Ausdruck dieses Strategiewandels. Die Identitären nutzen vorrangig die sozialen Netzwerke und das Medium der popkulturellen Bildsprache als Strategie ihrer politischen Kommunikation (Vgl. den Artikel »Ästhetische Mobilmachung« von David Begrich im monitor # 78).

Häufig tragen die etablierten Medien durch unreflektierte Berichterstattung ihren Teil zum selbst formulierten Ziel - dem »medialen Hype« - bei.

Feminismus und Antirassismus zusammendenken

Aus feministischer Sicht ist es wichtig, sich Bestrebungen seitens der extremen Rechten entgegenzusetzen, die feministische Positionen nur innerhalb einer rassistischen Argumentation reflektieren. Extrem rechte Frauen versuchen, durch feministische Argumentationen Formen der Ausgrenzung gegeneinander auszuspielen und halten damit Machtstrukturen aufrecht. Das eigenständige Agieren extrem rechter Frauen geht nicht mit einem emanzipatorischen Verständnis von Gesellschaft einher, tatsächlich geht es nicht um Gleichstellungspolitiken oder um die Selbstbestimmung der Frau.

Linke, antifaschistische/antirassistische und feministische Aktivist*innen sollten den extrem rechten ProtagonistInnen nicht das Feld überlassen und rechten Mobilisierungsversuchen etwas erwidern. Um eine umfangreiche Gesellschaftskritik formulieren zu können, muss die Arbeit gegen die extrem rechte Ideologie immer auch das Wissen um jegliche Herrschaftsstrukturen mit einbeziehen. Eine emanzipatorische Kritik darf nicht dabei stehenbleiben, die Rechte für ihren völkischen und antimuslimischen Rassismus zu kritisieren, sondern muss auch Solidarität mit muslimischen Feminist*innen gegen eine patriarchale Auslegung des Islam üben. Emanzipatorische Ansätze zu gesellschaftlichen Fragen sollten immer die Verwobenheit und Komplexität von Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnissen in den Blick nehmen. Und nur dann können auch die extrem rechten Strategien als das entlarvt werden was sie immer waren: Eine im Kern menschenfeindliche Ideologie.

Laika Alva

Rezension

Ungenügend beachtet: Der Antifeminismus der AfD

Eine Vielzahl von Büchern zur AfD ist in den letzten Monaten erschienen. Da Antifeminismus eines der meist zu wenig beachteten Kernthemen der parteipolitischen Ausrichtung der AfD ist, sind wir gezielt der Frage nachgegangen, wie der Antifeminismus der AfD in den Publikationen über die Partei behandelt wird. Das Fazit: Er ist eher eine Randbemerkung.

Um sich einen Überblick zu verschaffen, bieten die beiden ähnlich strukturierten Bücher von *Sebastian Friedrich* und *Gerd Wiegel* kompakte Darstellungen der Geschichte und Programmatik der AfD. Auch geben sie Anstöße für Interventionen aus linker Perspektive. Friedrich liefert in dem kleinen, klar formulierten Buch »Die AfD« (2017) Erklärungsansätze für den Parteierfolg, den er in vier Krisen begründet sieht: Der Krise des Konservatismus, der Repräsentationskrise, der Krise des Kapitals und der Krise des Sozialen. Und er ergänzt zum Ende hin eine fünfte Krise: Die der Linken und ihrer fehlenden Antworten auf die soziale Frage. Der Antifeminismus der AfD taucht dabei immer mal als Beispiel für konservative Politik auf. In »Der aufhaltsame Aufstieg« (2017) stellt Gerd Wiegel das antifeministische Familien- und Geschlechterbild als eines von fünf zentralen Elementen der AfD-Ausrichtung vor. Im restlichen Buch tritt das Thema allerdings wieder in den Hintergrund.

Wie der Titel »Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und ‚völkischem Antikapitalismus‘« bereits verrät, liegt der Schwerpunkt der Arbeit von *Stefan Dietl* ebenfalls auf der kritischen Analyse der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der AfD. Im Kapitel »Die Partei der ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘« benennt Dietl den Familismus der AfD als Ausdruck einer »völkischreaktionären Familienpolitik, die mit einem ausgeprägten Antifeminismus und einem zutiefst homo-

phoben Weltbild einhergeht«. Dietl belegt seine deutliche Kritik mit einigen einleuchtenden Beispielen, im Verhältnis von vier zu 168 Seiten bleibt es jedoch auch hier leider ein Randthema.

Eine andere Ausrichtung hat das Buch »Ist die AfD zu stoppen?« der Journalistin *Charlotte Theile* (2017). Die Schweiz-Korrespondentin vergleicht die SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP) mit der AfD. Das anschaulich geschriebene Werk erklärt das positive Schweizbild der extremen Rechten, die Entwicklungen der beiden Parteien und die Rolle der Medien. Theile zeigt auf, wo Gegenstrategien ansetzen können: Den Schweizer Demokrat*innen wirft sie vor, zu lasch mit der SVP umgegangen zu sein und fordert klare Worte: »Es ist wichtig, dass man Rassismus Rassismus nennt.« Der Antifeminismus beider Parteien findet jedoch keine gesonderte Betrachtung.

Eine sprachliche Analyse des Parteiprogrammes versucht *Jürgen Beetz* in dem schmalen Buch »Auffällig feines deutsch«. 26 Begriffe aus dem Parteiprogramm werden vom Autor »mit gesundem Menschenverstand« kommentiert. Die Auswahl und Gewichtung bleibt jedoch unbegründet: So arbeitet er zentrale Themen wie Integration und Islam auf je zwei Seiten ab, dem Klimawandel widmet er dagegen ganze zehn Seiten. Auch die Begriffe Gender-Ideologie und Frühsexualisierung werden von Beetz besprochen. Seine Ausführungen sind jedoch unstrukturiert und es fehlt an einer Einordnung und klaren Analyse.

Wissenschaftliche Analysen finden sich dagegen im von *Alexander Häusler* herausgegebenen Band mit dem schlichten Titel »Alternative für Deutschland« aus dem Jahr 2016. In 14 Artikeln werden verschiedene Facetten der AfD und ihrer Programmatik analysiert. Angefangen bei einer parteipolitischen Einordnung werden die



Außenpolitik, die Ausrichtung zu Familien- und Geschlechterfragen, Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit sowie Schnittmengen mit neurechten Akteuren besprochen. Im Kapitel zur Familien- und Geschlechterpolitik geht *Jasmin Siri* auf die allgemeinen Positionierungen zu Geschlecht- und Familie ein, *Andreas Kemper* beleuchtet antifeministische Netzwerke und *Ulli Jentsch* informiert zu »Lebensschützern«. Als einziges der besprochenen Bücher wird hier der Antifeminismus der AfD explizit und umfangreich in den Blick genommen. Die anderen Publikationen erkennen das Familien- und Geschlechterbild zwar als wichtige Säule der Parteinorm an, an einer intensiveren Analyse mangelt es jedoch bisher noch.

Svenna Berger

- Sebastian Friedrich: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Bertz-Fischer. 168 Seiten, März 2017, 7,90 Euro.
- Gerd Wiegel: Der aufhaltsame Aufstieg. Alternative zu AfD & Co. Papy Rossa, 126 Seiten, Juni 2017, 12,90 Euro.
- Stefan Dietl: Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“. Unrast-Verlag. 168 Seiten, Juli 2017, 14,00 Euro.
- Charlotte Theile: Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten. Rotpunktverlag, 192 Seiten, Juni 2017, 16,00 Euro.
- Jürgen Beetz: Auffällig feines deutsch. Verborgene Schlüsselwörter eines Parteiprogrammes. Alibri, 145 Seiten, März 2017, 10,00 Euro.
- Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer VS, 245 Seiten, März 2016, 39,99 Euro.



Kurzmeldungen

Erstes Urteil gegen Freie Kameradschaft Dresden

Dresden • Ende August fiel am Landgericht Dresden das erste Urteil gegen zwei Mitglieder der FREIEN KAMERADSCHAFT DRESDEN (FKD). Die zwei Neonazis, die sich geständig gezeigt hatten, wurden jeweils zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt, unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. An zehn Verhandlungstagen wurden mehrere Übergriffe aus den Jahren 2015 und 2016 verhandelt, darunter Angriffe auf Migrant_innen sowie eine Geflüchtetenunterkunft und ein alternatives Wohnprojekt in Dresden. Auch an den Ausschreitungen in Heidenau waren die zwei Angeklagten im Alter von 19 und 27 Jahren beteiligt. Die Taten der Gruppe seien konspirativ geplant worden, so der Richter. Im September 2017 steht der nächste Prozess gegen sechs weitere mutmaßliche Mitglieder der FKD an. Wie die Sächsische Zeitung berichtete, habe sich die FKD im Sommer 2015 in einer Kneipe gegründet, wo sich die Neonazis im Anschluss an die montäglichen PEGIDA-Demonstrationen trafen. Damit scheint eine konkrete Befürchtung vieler Antifaschist_innen bewiesen: Die PEGIDA-Demonstrationen waren Ausgangspunkt für neue, militante Neonaziusammenhänge.

Heiß-Revival

Berlin • Anlässlich des 30. Todestages von RUDOLF HESS marschierten am 19. August 2017 etwa 1.200 Neonazis unter dem Motto »Mord verjährt nicht – Gebt die Akten frei« – Recht statt Rache durch Berlin-Spandau. Zeitgleich fand ein Spontan-Aufmarsch im brandenburgischen Falkensee statt, an dem sich etwa 250 Neonazis beteiligten, die teilweise an der Anreise nach Berlin gehindert worden waren. Als einer der Redner trat der britische Geschichtsrevisionsist PETER RUSHTON auf. Begleitet wurde er offensichtlich von der britischen Holocaustleugnerin Lady MICHELE RENOUF, die sich jedoch

nur am Rande der Abschlusskundgebung zeigte, am Aufmarsch aber nicht teilgenommen hatte. Der Frauenanteil lag bei etwa 10 Prozent und war damit noch niedriger als bei anderen Veranstaltungen der extremen Rechten. In Berlin beteiligten sich neben jungen Neonazi-Aktivistinnen wie MARIA FANK und NELE SCHIER (»EMMA STABEL«) auch ältere und langjährige NPD-Frauen wie DORIS ZUTT und EDDA SCHMIDT. Etwa 2.000 entschiedene Gegendemonstrantinnen sorgten mit erfolgreichen Blockaden und lautstarken Protesten dafür, dass die Neonazis die Route ihres offen den Nationalsozialismus verherrlichenden Aufmarschs stark verkürzen mussten. Eine juristische Intervention im Vorfeld war gescheitert, obwohl ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009 das Verbot der Aufmärsche in Wunsiedel höchstinstanzlich bestätigt hatte. Ein ausführlicher Bericht kann auf unserem Blog *rechtsaussen.berlin* gelesen werden.

AfD will Antifa-Ausstieg erleichtern

Berlin • Auch im Abgeordnetenhaus diskreditiert die AfD gezielt zivilgesellschaftliches Engagement. Unter dem Titel »Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln« stellte der Abgeordnete RONALD GLÄSER im August gleich mehrere schriftliche Anfragen. Neben der Finanzierung diverser Projekte durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, darunter auch die Dokumentation extrem rechter Veranstaltungen durch das *apabiz*, wurden Kenntnisse des Senats zu möglichen Verbindungen der Trägervereine zu »linksradikalen Organisationen« abgefragt. Dort lagen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor. Laut AfD handele es sich jedoch um »überwiegend stalinistische Projekte« beziehungsweise »tiefrote Vereine«. Auch auf Bezirksebene hatte die Partei bereits ähnliche Anfragen gestellt. Presseberichten zufolge plant die Partei nun ein selbst finanziertes Aussteigerprogramm für Antifaschist*innen. Dafür soll speziell vor Jugendclubs geworben werden. Ein Onlinekontaktformular für Ausstiegswillige bietet der bayerische Landesverband bereits an.



Bart Alsbrook (rechts) Ende der 1990er Jahre.

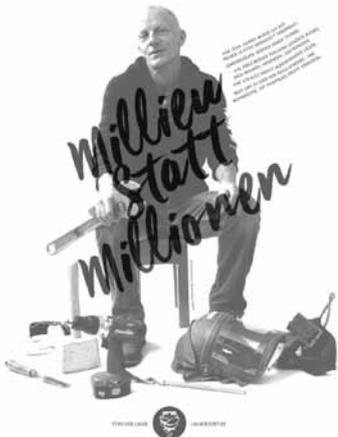
B&H-Aktivist als Sheriff?

Colbert, Oklahoma (USA) • Vor kurzem wurde BART ALSBROOK zum vorläufigen Polizeichef in dem 1.200-Seelen-Städtchen Colbert in Oklahoma/USA ernannt. Alsbrook wurde daraufhin durch das SOUTHERN POVERTY LAW CENTER (SPLC) damit konfrontiert, dass er seit den 1990er Jahren offenbar Aktivist von BLOOD & HONOUR (B&H) gewesen sei und vor allem für deren terroristisch engagierten Flügel COMBAT 18 geworben habe. So tauchte Alsbrook mit mindestens zwei Fotos in der Anfang 2000 von dem Norweger ERIK BLÜCHER aka MAX HAMMER veröffentlichten Broschüre »The Way Forward« auf, die zum bewaffneten Kampf aufrief. Alsbrook hostete B&H-Webseiten und war im CD-Business aktiv. Zu seinen europäischen Kontakten zählte der Anfang 2001 verstorbene Deutsche MARCEL SCHILF, ebenso wie andere wichtige Protagonisten der Terrorgruppe. Alsbrook erklärte dagegen, er sei in den 1990er Jahren Opfer eines Raubes geworden und seitdem würde seine Identität von Nazis missbraucht. Ein Sprecher der Stadtverwaltung hält Alsbrook aufgrund eigener Recherchen für »qualifiziert«. Weitere Infos unter www.splcenter.org.

Neu im Archiv

In dieser Rubrik geben wir einen kurzen Überblick über neue Bücher, Broschüren und andere Medien, die im Archiv ab sofort verfügbar sind.

Dank
an die
Verlage!



Ursula Birl (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, Leverkusen 2011.

Der Sammelband beginnt mit der wichtigen Diskussion über die Extremismustheorie und warum diese von »Männern gemacht« ist. Im Anschluss gibt Birgit Rommelspacher einen sehr guten Überblick zu Geschlechterverhältnissen in der extremen Rechten. In Beiträgen zu Antisemitismus, Rassismus und Geschlecht werden wesentliche Punkte diskutiert, die in anderen Publikationen nur selten zu finden sind. Renate Bitzan stellt die Frage: »Welcher Feminismus ist gefeit gegen Anschlussmöglichkeiten extrem rechter Frauen?« Zwei Beiträge im Band widmen sich dem Thema Männlichkeitskonstruktionen. Abgerundet wird der Sammelband mit Gegenstrategien: Was kann gendersensible Arbeit mit Jugendlichen erreichen und wie wirksam sind Aussteiger_innen-Projekte wirklich? Das Buch eignet sich auch gut als Einstieg in die Thematik und liest sich sehr spannend. (pt)

Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): »Gender raus!« – Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, Berlin 2017.

Im Zuge des gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks der vergangenen Jahre haben auch und gerade antifeministische Positionen stark zugenommen, die als vermeintliche Gender-Kritik oder offenere Anti-Gender-Hetze zum Ausdruck gebracht werden. Oftmals werden diese geäußert von den heterogenen AkteurInnen der extremen Rechten, der AfD, Pegida, sogenannten „Männerrechtsgruppen“, christlich-fundamentalistischen Kreisen wie auch einzelnen JournalistInnen, PublizistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen. In der von der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam herausgegebenen Broschüre werden nun zwölf der geläufigsten verschwörungsideologischen und diskriminierenden Vorurteile aufgegriffen. Den Zitaten werden knapp und verständlich Fakten entgegengehalten, die mit einigen Hintergrundinformationen die Vorurteile richtig stellen. Die kostenlose Broschüre ist praxisorientiert und soll helfen, in Alltagssituationen auf entsprechende Äußerungen reagieren und dagegen argumentieren zu können. Auch wenn die Themen nur angerissen werden, ist die Broschüre als Einstieg sehr zu empfehlen. Für Menschen, die sich tiefergehend mit der Thematik befassen wollen, gibt es zahlreiche Literaturhinweise. (fm)

Correctiv.org/Marcus Bensmann u.a.: Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe. Correctiv Verlag, Essen 2017.

Der journalistische Recherche-Verbund Correctiv konzentriert sich in seinem »Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe« auf Personen mit Kontakten zur extremen Rechten, die Finanzierung der Partei sowie die Einbindung in und Unterstützung durch extrem rechte Strukturen und Medien. In einem kurzen Kapitel zur Programmik werden neben anderen parteipolitischen Punkten auch die reaktionären Zielsetzungen zu »Familienbild« und »Abtreibung« besprochen. Auch der offensichtlich von der AfD grundsätzlich nicht verstandene Politik-Ansatz des Gender Mainstreaming wird kurz aufgegriffen. Es bleibt jedoch stets bei einer knappen kritischen Erwiderung auf einen Auszug aus dem Programm oder ein Zitat eines Parteimitglieds. Alles in allem ist es ein Recherche-Buch, eine tiefgehende analytische Auseinandersetzung bleibt aus. (fm)

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (Hrsg.): AS.ISM 4, Streitschrift gegen sexistische Zustände, Berlin 2017.

Mit 13 Beiträgen gegen sexistisches, transfeindliches und rassistisches Verhalten ist dieses Heft sehr zu empfehlen. Es werden antifeministische Strömungen und Argumente vorgestellt, es gibt Kritik an Pränataldiagnostik und was dies im Umgang für Menschen mit Behinderung bedeutet. Transfeindlichkeit in der LGBT*Szene wird ebenso thematisiert wie der Sexismus in linken Politgruppen – aber auch konstruktive Vorschläge, wie dies verändert werden kann, werden gemacht. Die Forderung nach »Köln« - »Unser Feminismus ist antirassistisch« wird aufgegriffen. In den Interviews mit Fantifa-Gruppen und dem »What the Fuck!«-Bündnis, welches sich als Protest-Gruppe gegen den christlich-fundamentalistischen »Marsch für das Leben« gegründet hat wird die auch praktische Arbeit von Feministinnen hervorgehoben, ebenso in dem Artikel zur Awareness-Arbeit auf Parties. Mit vielen Erklärungen und einem angehängten Glossar ist die Lesbarkeit der Beiträge leicht und flüssig. Toll ist auch, dass hinter jedem Beitrag Literaturtipps zur Vertiefung der einzelnen Themen zu finden sind. Unerlässlich für alle und insbesondere linke Gruppen. (pt)

